



Detailansicht des Registereintrags

H&R GmbH & Co. KGaA

Aktuell seit 17.09.2026 13:59:49

Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)

Registernummer:	R008116
Ersteintrag:	17.07.2026
Letzte Änderung:	17.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Neuenkirchener Straße 8 48499 Salzbergen Deutschland Telefonnummer: +4959769450 E-Mail-Adressen: management@hur.com Webseiten: www.hur.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Niels Heinz Hansen**

Funktion: Geschäftsführung

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):**1. Holger Oldekamp****2. Detlev Wösten****3. Niels Heinz Hansen****Mitgliedschaften (19):**

1. VCI (Verband der Chemischen Industrie e.V.)
2. Wirtschaftsverband Fuels und Energie e.V. (en2x)
3. Wirtschaftsrat der CDU e.V. - Wirtschaftsrat
4. European Fuel Manufacturers Association
5. IVH - Industrieverband Hamburg
6. Nah- und Mittelost-Verein e.V. / NUMOV
7. Verband der Industriellen Energie- & kraftwirtschaft (VIK)
8. Verband deutscher Treasurer e.V.
9. WDK - Wirtschaftsverband der Deutschen Kautschukindustrie
10. Concauwe
11. EMA (Euro-Mediterranean Association)
12. EWF European Wax Federation
13. Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft (AV)
14. Aquaventus Förderverein e.V.
15. DIRK - Deutscher Investor Relations Kreis
16. FPE - Fuel Power Energy
17. GDCh (Gesellschaft Deutscher Chemiker e.V.)
18. SdK e.V. - Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V.
19. UTV - Unabhängiger Tanklagerverband

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (5):

Allgemeine Energiepolitik; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Industriepolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

„Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von

Themenfeldern, geführt, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es unter anderem um Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Nachmittage und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.“

Einflussnahme auf die geplante, laufende und sich ändernde Gesetzgebung, um gesetzliche Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Kategorie der Schmierstoffraffinerien in die EU-Industrieemissionsrichtlinie aufrechterhalten.

Beschreibung:

Ziel der bezweckten Einflussnahme: Vermeidung von neuem bürokratischem Aufwand (neue Berichts- und Dokumentationspflichten), Vermeidung von erhöhten Kosten und Vermeidung von verzögerten Genehmigungsverfahren.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 44/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen

Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 4 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

2. Reform der Netzentgeltsystematik - Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit / Wirtschaftlichkeit

Beschreibung:

Ziel der bezweckten Einflussnahme: Beibehaltung individuellen Netzentgelte nach §19(2) Satz 2 Strom
NEV bis 2028.

Betroffenes geltendes Recht:

StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (7):

1. **Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 3.890.001 bis 3.900.000 Euro

Beihilfen für indirekte CO₂-Kosten (Strompreiskompensation).

Das Instrument dient dazu, stromintensive Unternehmen im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS) zu entlasten, um Wettbewerbsnachteile und die Verlagerung von Produktionen (Carbon Leakage) ins Ausland zu verhindern.

2. **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Eschborn (Hessen)

Betrag: 510.001 bis 520.000 Euro

Die Besondere Ausgleichsregelung (BesAR) beim BAFA begrenzt die KWKG- und Offshore-Netzumlage für stromkostenintensive Unternehmen, um deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

3. **Zollverwaltung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn

Betrag: 2.900.001 bis 2.910.000 Euro

Steuerentlastung für Gas / Erdgas. Die Rückerstattung der Energiesteuer ist eine Maßnahme, mit der Unternehmen gezahlte Energiesteuern auf Erdgas teilweise zurückerhalten. Ziel ist es, die Energiekosten zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken (Energiesteuergesetzes (EnergieStG) § 54 oder § 51, Energiesteuer-Durchführungsverordnung (EnergieStV) und die EnSTransV)

4. **Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 6.890.001 bis 6.900.000 Euro

Die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten (EU-ETS) dient dem Schutz der Wettbewerbsfähigkeit und der Vermeidung von "Carbon Leakage".

5. **Hauptzollamt**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Hamburg und Osnabrück

Betrag: 1.820.001 bis 1.830.000 Euro

Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie der Land- und Forstwirtschaft können beim Hauptzollamt (HZA) Entlastungen von der Stromsteuer für nachweislich versteuerten Strom beantragen

6. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn (Hessen)

Betrag: 310.001 bis 320.000 Euro

Zuschüsse für KWK-Anlagen (Kraft-Wärme-Kopplung) werden gezahlt, um den Ausbau hocheffizienter, CO₂-armer Technologie zu fördern, die Strom und Wärme gleichzeitig erzeugt.

7. Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Die Carbon Leakage Verordnung (BECV) bietet Zuschüsse für Unternehmen, die durch die CO₂-Bepreisung (BEHG) im nationalen Brennstoffemissionshandel belastet sind. Sie dient dazu, die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen zu sichern und Anreize für Klimaschutzinvestitionen zu schaffen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

HuR_GB2025.pdf